

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 19. Dezember 1931

35. Jahrgang

Nummer 51

Der neueste Bluff

In den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates hat die Schwerindustrie durch Generaldirektor Wöglger den Plan einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer zur Diskussion stellen lassen. Darüber hat man schon früher einmal sehr eingehend debattiert, als man uns mit Kleinaktien und ähnlichen Geschenken zu beglücken versuchte. Genau wie heute herrschte damals Krisenstimmung, so daß man zu der Frage gedrängt wird, warum gerade die Perioden vollendeter Wirtschaftszerrüttung zu derartigen Vorschlägen des Unternehmertums führen. Die Antwort dürfte sich aus dem Wesen der Mitbeteiligung der Arbeiterschaft am Gewinn des Unternehmens sehr leicht ableiten lassen.

Heute hätte eine Beteiligung des Arbeitnehmers am Gewinn keinen rechten Sinn, da ja in den meisten Fällen mit Verlust abgeschlossen wird. Also kann der Vorschlag nur für eine zu erwartende günstigere Konjunkturperiode Geltung haben. Sollte diese einmal eintreten, dann werden die deutschen Gewerkschaften kein Mittel unversucht lassen, um die Arbeiterschaft mehr als in der Krise an den Erträgen der Unternehmen zu beteiligen. Das geht ganz einfach über die Lohnerhöhung. Wenn unsere Industriellen meinen, die Arbeiterschaft würde es versäumen, nach erhöhter Gewinnbeteiligung zu streben, dann sind sie arg auf dem Holzwege. Natürlich meinen sie das nicht, aber sie wollen uns durch die versprochene Beteiligung am Gewinn die Lohnerhöhungen abkaufen. Dabei würden sie den Arbeitern gegenüber etwa folgendermaßen argumentieren. Jede Lohnerhöhung, die ihr jetzt verlangt und durchgesetzt, schmälert den am Schlusse des Geschäftsjahres auszusüttelnden Gewinn. Wenn ihr darauf verzichtet, so bleibt das Geld gewissermaßen nur im Betriebe stehen, und ihr bekommt am Jahreschlusse einen schönen Bagen Geld mit einem Schlage ausgebezahlt. So könnten sie sogar mit Recht sagen.

Und dann käme der Jahreschlusse. Bei der Aufstellung wird der auszuweisende Gewinn festgestellt. Aber wer stellt denn die Bilanz eigentlich auf? Die Direktion in Verbindung mit dem Aufsichtsrat. Im letzteren haben wir wohl Vertreter, die vom Betriebsrat entsandt sind, aber wer da meint, unsere Kollegen hätten auf die Aufstellung der Bilanz irgendwelchen Einfluß, der irrt. Sie bekommen sie vorgelegt, wenn alles fertig ist, wo es also kaum noch etwas zu ändern gibt. Und wie wird bei der Bilanz aufstellung verfahren? Es ist ein Kinderpiel, den wirklich erzielten Gewinn

in offene oder versteckte Reserven zu verwandeln. Er wird einfach ganz oder zu großen Teilen als Reserve eingestellt. Die vorhandenen Aktivwerte werden niedriger bewertet als notwendig ist und die Anlagen hoch abgeschrieben. Auf all diese Dinge hat die Arbeiterschaft des Betriebes, hat auch das vom Betriebsrat entsandte Aufsichtsratsmitglied keinerlei Einfluß. Wenn dann aber nichts mehr übrig ist zum Gewinnerteilen, dann geht die Arbeiterschaft leer aus und ihr Verzicht auf Lohnerhöhungen war eine kapitale Dummheit.

Gewinne können nur ausgeschüttet werden, wenn sie vorher erwirtschaftet werden. Der Arbeiter kann dazu nicht mehr tun, als er heute schon tut. Ginge es nach seiner Leistung, dann wären auch in der tiefsten Krise alle Werke hoch rentabel. Daß sie es nicht sind, hat Gründe, die der Arbeiter zu beeinflussen nicht in der Lage ist. Es kommt nämlich darauf an, was mit den erzielten Ueberschüssen im Laufe des Geschäftsjahres geschieht. Werden sie verspekuliert, dann sind sie auch für den im Unternehmen beschäftigten Arbeiter nutzlos. Und werden sie unzuwehmäßigerweise verbaut und verrentalisiert, dann ist das Unheil noch größer. Dann ist nicht nur der Arbeitnehmer darum betrogen, sondern, weil die Leistungsfähigkeit, nicht aber die Konsumkraft gesteigert worden ist, beginnt die Krise, die auch der gewinnbeteiligte Arbeitnehmer mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bezahlen muß.

Deshalb kann einer Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft nur unter der Bedingung zugestimmt werden, daß ihr auch die Führung der Unternehmungen überreignet wird.

Das ist aller Welt als eine alte freigewerkschaftliche Forderung bekannt. Sie zu erfüllen, ist eine unbedingte Notwendigkeit, wenn überhaupt Gewinnbeteiligungspläne erwogen werden sollen. Ob Herr Generaldirektor Wöglger dazu bereit ist, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Und weil er das nicht ist, wäre die Verwirklichung der von ihm wieder hervorgezauberten Idee nur ein Betrug am Arbeiter. Solange uns die wirtschaftliche und politische Macht fehlt, die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmerschaft einschließlich der gesamten Wirtschaftsführung ohne oder gegen den Willen schwerindustrieller Generaldirektoren durchzusetzen, geht die Beteiligung des Arbeitnehmers am Wirtschaftserrag über den Arbeitslohn.

Die 4. Notverordnung

In Deutschland sind wir an Eingriffen der Behörden in die Privatverhältnisse jedes einzelnen schon allerhand gewöhnt. Das deutsche Volk muß sich Zwangsmaßnahmen seit 17 Jahren in einem Umfange und einem Ausmaß gefallen lassen, wie kein anderes Volk — außer Rußland. Aber die jetzt veröffentlichte vierte Notverordnung stellt doch die Spitze dessen dar, was eine Regierung an Eingriffen in die Wirtschaft und in das Leben jedes Staatsbürgers je geleistet hat. Es dürfte in Deutschland niemand geben, dessen Lebensverhältnisse von dieser Notverordnung nicht berührt werden. Mehr als 40 Druckseiten umfaßt diese Publikation der Regierung. Steuern, Preisbildung, Lohnsenkung, Mietsenkung, Zinsbildung und wer weiß was sonst noch alles wird in dieser Notverordnung berührt. Auch arbeitsrechtliche Bestimmungen bleiben davon nicht verschont. In das Tarifrecht wird ebenso rücksichtslos eingegriffen wie in andere Rechte. Die Sozialversicherung und die Sozialfürsorge sind ebenfalls eingegriffen worden. Somit kann man wohl der Meinung sein, daß etwas Härteres und Stärkeres wohl selten von der deutschen Bevölkerung gefordert wurde. Die deutsche Regierung ist den bitteren Weg einer schonungslosen Deflationspolitik bis zu Ende gegangen und die nächsten Monate werden zeigen, ob diese scharfen Eingriffe sich rechtfertigen lassen und ob auf verkleinerter Basis ein Aufstieg der Wirtschaft möglich ist.

Nun erwacht uns für heute die Pflicht, kurz das Wesentlichste aus diesem umfassenden Gesetzeswerk herauszugreifen. Auf dem Gebiete der Preisbildung wird der Versuch unternommen, die Preise umfassend zu senken. Die gebundenen Preise sollen allgemein um mindestens 10 v. H. gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1931 gesenkt werden. Werden die Preise nicht in diesem Ausmaß herabgesetzt, so sind die Kartellbindungen ab 1. Januar 1932 nicht mehr gültig. Um die ermäßigte Preislage für die Zukunft nach Möglichkeit sicherzustellen, soll die Erhöhung kartellgebundener Preise und die Einführung neuer Preisbindungen bis zum 1. Juni 1932 genehmigungspflichtig sein. Von der Preisentzug werden in erster Linie erfasst: Kohle, Eisen, Stahlfabrikat und Kali. Diese sollen ab 1. Januar 1932 um 10 v. H. billiger abgesetzt werden. Von den sich am freien Markt bildenden Preisen wird eine Senkung in dem gleichen Ausmaß erwartet. Um hier etwas Druck auszuüben, wird ein Reichskommissar eingesetzt, der vor allem in die bestehenden Handelsverträge einzugreifen oder auch zu anderen Befugnissen berechtigt ist, die eine Preisentzug im Gefolge haben. Als Preisentzugskommissar ist der bisherige Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler, eingesetzt. Dieser gehörte der Deutschnationalen Partei an (aus der er nunmehr offiziell ausgetreten ist unter Betonung, sich dennoch an deren Grundzüge halten zu wollen), was besonders beachtenswert ist. Die Befugnisse des Kommissars sind außerordentlich groß. Unter Umständen kann er sogar Fabriken oder Handelsgeschäfte schließen. Erreicht werden soll eine fühlbare Preisentzug der Gegenstände des täglichen Bedarfs. Allerdings sollen die Agrarpreise davon wenig betroffen werden, weil die Preisbildung beim Erzeuger so niedrig ist, daß sie den Vorkriegsstand bereits unterschreitet. Deshalb sollen die Preis-

spannen im Handel oder bei der Bearbeitung erfasst werden. Da die Lebensmittel bei den Lebenshaltungskosten ungefähr 55 v. H. ausmachen, kann man sich vorstellen, daß die beabsichtigte Senkung der Preise des Lebensbedarfs durch die Sonderbehandlung der Lebensmittel sehr beengt wird. Es mag löblich erscheinen, daß man zu einer energiegelassen Senkung der Preise schreiten will. Aber wenn auf der anderen Seite eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 v. H. eintritt, dann werden alle Maßnahmen, die Endprodukte zu verbilligen, über den Haufen geworfen. Eine Steuer bei jedem Warenumschlag hat die Eigenschaft einer Lawine, die im weiteren Verlauf der Warenverfeinerung immer größer wird. Es ist deshalb vorauszusetzen, daß diese neue Steuererhöhung die beabsichtigte Preisentzug bereits im Keime ersticht. Für Lebensmittel soll sie nicht erhoben werden.

Ein tiefer Eingriff wird in die Kapital- und Zinsbildung vorgenommen. Der Zinssatz für Anleihen von Reich, Ländern und Gemeinden, Pfandbriefen, Obligationen, von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Genossenschaften und Einzelschuldnern wird zwangsweise auf 6 v. H. herabgesetzt, wenn der bisherige Zinssatz bis zu 8 v. H. betrug. Für höhere Zinsen als 8 v. H. werden stärkere Senkungen vorgenommen. Auch bei den Bankzinsen soll ein Eingriff erfolgen. Die Zinspanne zwischen Soll- und Habenzinsen soll herabgesetzt werden. Der deutsche Sparer wird von der letzten Notverordnung mit am härtesten betroffen. Die Sparfassen dürften ebenfalls dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine sehr wichtige Angelegenheit ist die Senkung der Eisenbahntarife. Die Gütertariife sollen von 5 auf 25 v. H. im Gesamtausmaß von jährlich 300 Millionen Mark gesenkt werden. Dadurch erhofft man eine wesentliche Verbilligung des gesamten Warenumschlags und der Preise in ihrem Endergebnis. Besonders sollen die Kohlenfrachten gesenkt werden. Die Regierung erwartet, daß die ermäßigten Frachttätze den Verbrauchern durch Senkung der Einzelhandelspreise zugute kommen. Auf Grund der Ermäßigungen von Kohle, Eisen und Frachten soll dann auch eine Preisentzug bei den städtischen Tarifen wie Gas, Elektrizität und Verkehr erfolgen.

Der Eingriff in die bisherigen Gesetze der Wohnungswirtschaft ist von weittragender Bedeutung. Im Zusammenhang mit der Senkung der Hypothekenzinsen soll eine Ermäßigung der Mieten durchgeführt werden. Die Altmieten sollen allgemein um 10 v. H., die Mieten der Neubauwohnungen um etwa 10 bis 15 v. H. ermäßigt werden. Der Abbauder Wohnungswirtschaft soll nun endgültig und in kürzester Frist durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang soll auch die Hauszinssteuer schrittweise von Jahr zu Jahr und 1940 ganz abgebaut werden. Der Mieter erhält durch die Notverordnung das Recht, seinen Mietvertrag bis spätestens am 5. Januar 1932 zu kündigen. Damit hätte die Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland bald ihr Ende erreicht.

Die Regierung glaubte auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge Eingriffe machen zu müssen. Die Sozialrenten sollen im allgemeinen bestehen bleiben. Jedoch sollen die Kinderzuschüsse und Waisenrenten über das 15. Lebensjahr hinaus nicht mehr bezahlt werden. Der doppelte

und dreifache Bezug von Renten soll so weit wegfallen oder eingeschränkt werden, daß die Hinterbliebenenrenten in ihrem Gesamtbetrag die Hauptrente nicht übersteigen. In der Unfallversicherung sollen die kleinen Verletztenrenten bis zu 20 v. H. wegfallen. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung und Unfallüberwachung sollen die Versicherten auf der anderen Seite das gleiche Stimmrecht wie die Unternehmer besitzen. Bezüglich der Krankenversicherung wird die erfolgte Abmachung zwischen Krankenkassen und Ärzten durch die Notverordnung sanktioniert. Der arme Sozialrentner wird mithin empfindlich getroffen.

Der wichtigste Eingriff ist die Senkung der Löhne und Gehälter. Grundsätzlich sollen die Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft dem Stande vom 10. Januar 1927 angeglichen werden. Im Durchschnitt würde dies eine Senkung von 10 bis 15 v. H. ausmachen. Da dies die Reichsregierung nicht für erträglich hält, so wird bestimmt, daß die Senkung im Höchstfalle 10 v. H. des Lohnes ausmachen soll. Nur in Ausnahmefällen, in denen seit 1. Juli 1931 noch keine Lohnkürzung eingetreten ist, kann dieselbe bis 15 v. H. betragen. Einen scharfen Eingriff in das Tarifrecht stellt die Bestimmung der Notverordnung dar, wonach alle geltenden Tarifverträge zum 31. April 1932 gekündigt werden können. Damit soll die Möglichkeit zur raschen Angleichung der Löhne an den Stand von 1927 geschaffen werden. — Die Gehälter der Beamten des Reichs und aller öffentlichen Körperschaften werden einheitlich um 9 v. H. gekürzt. Abgesehen von dem einmaligen Eingriff in die laufenden Tarifverträge, die mit Wirkung vom 1. Januar 1932 erfolgt, soll das Tarifrecht und das Schlichtungsverfahren unberührt bleiben. In das Lohnrentenverfahren schaltet die Notverordnung die Schlichter ein, denen infolge ein gewisser Spielraum gelassen wird, als Kürzungen der Löhne nur nach einigermaßen gleichwertigen Preisentzügen ausgesprochen werden sollen. Trotzdem ist eine Lohnsenkung in dem beabsichtigten Ausmaß unerhört.

Damit hätten wir die wesentlichsten Teile der Verordnung erfasst. Wie wir bereits eingangs festgestellt haben, sind so harte Maßnahmen noch nicht erfolgt. Nach den Erklärungen der Regierung vor der Presse, soll damit endgültig mit den Eingriffen in die Wirtschaft und in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Schluss gemacht werden. Am härtesten werden wie immer die Lohn- und Gehaltsempfänger getroffen! Zwar wird angegeben, daß Preise und Löhne in ein solches Verhältnis gebracht werden sollen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren verminderten Einkommen die gleiche Kaufkraft besitzen sollen wie zuvor. Das mag ein frommer Wunsch sein. Ob er zur Wahrheit wird, ist eine große Frage. Es ist ein graufames Spiel, was in dem Jahre 1931 mit dem deutschen Volk getrieben wird. Immer und immer wieder wurde die Bevölkerung in neue Unruhe verwickelt. Wenn man der Ueberzeugung wäre, daß damit die tiefste Talsohle der furchtbaren Wirtschaftskrise erreicht sein würde, dann könnte man sich noch damit abfinden. Aber weil wir von dem Wirtschaftsverlauf eine andere Meinung haben, und weil wir der Ueberzeugung sind, daß diese andauernden Lohn- und Gehaltskürzungen die Krise nur verschlimmern, so sehen wir äußerst sorgenvoll in die Zukunft. Die deutsche Reichsregierung hat sich eine gewaltige Verantwortung aufgeladen, die jetzt gebundenen Preise zum Schmelzen zu bringen. Zweifellos sind die Preise hier und da übersteigt, besonders wo es sich um kartellgebundene Industrien handelt. Aber durch eine dauernde Beunruhigung der Wirtschaft kann eine Konsolidierung nicht erzielt werden. Die Deflationpolitik in Deutschland ist ein Leidensweg von graufamer Härte. Es wird sich nun zeigen, zu wessen Nutzen diese Wanderung unternommen wurde.

Durch harte Maßnahmen sind die mühsam errungenen Erfolge der Gewerkschaften seit 1927 glattweg beseitigt. Ab 1. April soll das Tarifrecht wieder vollständig hergestellt sein. Dann wird es wieder auf jeden einzelnen Mann ankommen, um das Verlorene wieder aufzuholen und den sozialen Lebensstandard so zu gestalten, daß er eines Kulturvolkes würdig ist. Dann wird die gewerkschaftliche Kraft wieder ausschlaggebend sein in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Da dieser Zeitpunkt nicht mehr fern ist, sollte sich jeder Kollege fester an seine Organisation binden und für deren Wohl und Wehe seine ganze Kraft einsetzen. Das ist der bringende Rat, den wir jedem Lohn- und Gehaltsempfänger geben können.

Warum muß die Menschheit hungern?

Wir zweifeln daran, daß es möglich ist, die deutsche Wirtschaft durch Verringerung der Löhne und Gehälter wieder gesund zu machen. Das Sparen, von dem man heute so viel spricht, muß ganz anderer Art sein. Gespart muß werden, aber das richtige Sparen würde kaufkraftstärkend wirken, während das falsche Sparen, das Sparen am Lohn und Gehalt, kaufkraftvernichtend wirkt. Es ist aber nichts so notwendig für eine Wirtschaft, die immer mehr Maschinen stilllegen und verrotten läßt, als die Stärkung der tief daniederliegenden Kaufkraft. Wenn Kaufkraft vorhanden ist, kommt eine Wirtschaft immer wieder empor, es sei denn, daß sie vollständig ungesund organisiert wäre oder von unfähigen Menschen in führender Stellung geleitet würde. Beides ist allerdings heute der Fall, bringt es doch die deutsche Wirtschaft nicht fertig, auf der ganzen Linie fühlbar die Preise zu senken, um so indirekt die Kaufkraft zu erhöhen. Die deutschen Wirtschaftsführer versagen in ihrem organisatorischen und technischen Können, sie versagen aber noch mehr in ihrem geistlichen Können. Sie bringen es nicht fertig, das Wohl des Wirtschaftsorgans, das Wohl des Volkes und des Staates über das Wohl des einzelnen Betriebes und im ganzen über das Gewinnstreben zu stellen. Hierzu fehlt ihnen die innere Kraft und die menschliche Hochwertigkeit. Führen darf überall in der Welt nur jemand, der nicht an sich selbst, nicht an seinen persönlichen Nutzen denkt. Es kann auch in der heutigen Wirtschaft nicht anders sein; denn diese Wirtschaft wird ja nicht mehr „durch das freie Spiel der ungeschmitten wirtschaftlichen Kräfte“ in stillen

Gleichgewicht gehalten. Die heutige Wirtschaftsführung verlangt, sie muß versagen, weil sie von ganz unzeitgemäßen Voraussetzungen ausgeht, nämlich von den Voraussetzungen, privatwirtschaftliche Monopolmacht für persönliche Gewinnabsichten auszunutzen und gleichberechtigte Staatsbürger zwingen zu dürfen, dies und das mit rechtmäßig erworbenem Eigentum zu tun oder nicht zu tun. Der freie Wettbewerb mag niemals ein wirtschaftliches Ideal gewesen sein, weil er zu allerhand Täuschung und Betrug verführte und keine Ordnung und Ueberständigkeit und wirtschaftliche Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit schuf. Aber der liberalistisch-individualistische Wirtschaftsbetrieb konnte nur durch dieses Mittel einigermassen vor vollständigem Verfall bewahrt werden. Nun man diese inneren Halt größtenteils beseitigt hat, ist das Schicksal des alten Wirtschaftssystems besiegelt: es ist mit jedem kommenden Tage weniger lebensfähig, es muß an seinen eigenen Widersprüchen sterben.

Es ist vielleicht auch richtig zu sagen, die bestehende Wirtschaftsordnung — soweit es überhaupt angebracht ist, von „Ordnung“ zu sprechen — muß an gewinnstüchtiger Unerfährlichkeit sterben. Das alte Wirtschaftssystem behagte geradeheraus, daß die Selbstsucht die erste und die unentbehrlichste Kraft sei, die das Wirtschaftsgeschehen regeln und vorwärtsstreben könne. Aus dem „Kampf aller gegen alle“ sollte Fleiß, Strebamkeit, Tüchtigkeit und Fortschrittlichkeit entspringen. Und darauf läge es hauptsächlich an, wenn die Schätze der Natur der Menschheit nutzbar gemacht werden sollten, was die Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenshaltung und der Kultur aller sei. Wie aber heute die Schätze der Natur der Menschheit nutzbar gemacht werden, daß hat die Welt noch nie in so fürchterlichen Tatsachen erkennen können, wie gerade gegenwärtig. Eine angenehme englische Zeitung hat kürzlich berechnet, daß in diesem Jahre so viel Getreide in den Lagern verfaule, wie die gesamte Menschheit der Erde in zwei Jahren verzehren könne. Dabei hatte die Menschheit wohl noch nie einen größeren Hunger auf Getreide, als gerade in der gegenwärtigen Zeit. Wie es in Deutschland aussieht, wissen wir ungefähr, wenn auch das Schlimmste verschwiegen bleibt. Der Hunger nach einem einfachen Stück Brot ist bereits sehr allgemein und sehr groß; und er wird längst nicht immer befriedigt, wenn auch anerkannt werden muß, daß manches geschieht, um die schlimmste Not zu mildern. Daß aber selbst in einem Lande wie Amerika, das ungeheuer verschwendungsvoll mit Naturschätzen gesegnet wurde, das auch auf der Höhe der Zeit steht, Millionen von Menschen darben müssen, ist ein äußerst schwerer Vorwurf gegen das Wirtschaftssystem. Er ist um so berechtigter, weil Amerika am Kriege Dutzende von Milliarden „verdient“ hat und weil die amerikanische Regierung wirklich noch Gewicht darauf legt, daß die Warenpreise nicht von Erzeugung und Handel diktatorisch festgesetzt sondern von der Nachfrage nach Waren bestimmt werden. Trotzdem verderben gerade hier wegen Verdienstlosigkeit der Massen so ungeheuer große Mengen an allen möglichen Nahrungsmitteln, Genuss- und Bekleidungsgegenständen, daß es zum Himmel schreit. Nicht nur die amerikanische Menschheit hungert nach dem, was umkommt, sondern darüber hinaus die Menschheit der ganzen Welt. Hat ein Wirtschaftssystem noch Daseinsberechtigung, das voll solcher Widersinnigkeiten und Grausamkeiten ist?

Ganz fürchterlich sieht es in China aus. Die Monatschrift „The Far Eastern Review“, die in Schanghai, China, von einem Amerikaner herausgegeben wird, berichtet über so grauenhafte Zustände, wie sie wohl selten so schlimm bekanntgeworden sind. Von dem, was sich auf das Hungernmüssen bezieht, seien hier einige Sätze wiedergegeben: „Drei Millionen Menschen sind eines unnatürlichen Todes gestorben; sechs Millionen sind dem Hungertode preisgegeben.“ Weiter heißt es in dem nach amtlichen Berichten des Innenministeriums verfaßten Aufsatz: „Fünf Millionen Menschen sind im vergangenen Jahre als unmittelbare Folge der Einquartierung der Armeen verhungert.“ An anderer Stelle werden die Folgen der Ueberschwemmung des Jangtsekiang geschildert: „Dreißig Millionen Menschen sind obdachlos, zehn Millionen leiden unter Hungersnot.“ Dann heißt es wieder ganz allgemein: „Die Hälfte des chinesischen Volkes ist arbeitslos, Millionen sind obdachlos, mittellos, gehen dem Hungertode entgegen... Auch in der übrigen Welt sehen erwerbslose Millionen in endlosen Schlangen vor den Wohlfahrtsämtern, um ein Stück Brot zu erhalten.“

Es ist ganz unmöglich, solchen grauenhaften Erscheinungen gegenüber auch nur annähernd die richtigen Worte der Entrüstung zu finden. Denn das ist ja das Traurige: die Menschen verhungern millionenweise angesichts eines nie in solcher verschwendungsvollen Fülle dagewesenen Ueberflusses. Es ist nicht allein Nordamerika, wo die Grundstoffe der Nahrung und Kleidung vernichtet oder nicht geerntet werden, weil sie unverkäuflich sind. Auch in anderen fruchtbaren Gebieten gehen Naturschätze ungenutzt zugrunde, die Milliardenwerte darstellen. Aber aus einem naturarmen Lande mit sehr dichter Bevölkerung, aus Deutschland, will man noch das Unentbehrliche fortlassen.

Das „Heer“ der Gelben

In Berlin gründete vor mehreren Jahren ein stillenloser Hauptmann eine nationale, antigewerkschaftliche „Arbeiterbewegung“. Die vielen kleinen Gruppchen der in Deutschland zerstreuten Werksgemeinschaftsvereine, Firmensportclubs und Dintatzeile, wurden darin zu einem „Spitzenverband“ zusammengefaßt. Man gründete 21 Landesverbände und vereinigte sie zu dem Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine.

Einer der wichtigsten Programmpunkte dieser Antigewerkschaft ist: „Wir sind parteipolitisch neutral.“

Kürzlich fand in Stettin der Deutschnationale Parteitag statt. Da hatten nun die „Bonzen“ des Werkereibundes nichts Eiligeres zu tun, als beim „großen Parteiführer Hugenberg“ um einen Besuch zu bitten. Dielem wurden dann die gelben Ziele dargelegt. Natürlich war Hugenberg über diese kapitalistisch gestimmte Unterstützung sehr erfreut. Um dieses Bündnis zu kräftigen, hatten die werksgemeinschaftlichen Bonzen alles zusammengetrommelt, damit die kleine Schicht der Großagrarien und Schlotbarone mit einem dünnen Schein von Massenbewegung umgeben sein sollte. Näheres berichtet das Organ der Gelben:

„Zu Fuß, per Rad und per Lastwagen waren sie aus allen Teilen des Reiches nach Stettin gekommen. Das Ziel war das Deutsche Vereinshaus, in welchem der Reichsbund einen Deutschen Arbeiterabend beging. Dem Abend ging ein Fackelzug voraus, der auch an dem Tagungsorte der Deutschnationalen Volkspartei vorbeiführte. Dabei ließen es sich unsere Kameraden nicht nehmen, ihrem politischen Führer Hugenberg ihre Treue und ihren Gefolgschaftswillen zu bekunden. Der Führer der DNVP richtete dann auch aufrichtige Dankesworte an unsere Kameraden.“



Kollegen!
Lest eure Verbandszeitung
und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.
Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Er forderte sie auf, mit ihm und der DNVP den Kampf gegen den Lindwurm Marxismus fortzusetzen. Hierauf dankte ihm unser Bundesführer, der dann noch in kurzen Worten die Wünsche der nationalen Arbeiter darlegte.

„Vom Stettiner Kongresshaus bewegte sich der Zug zurück zum Vereinshaus. Hier hielten vor allem Bundesführer Schmidt, ferner der Vorsitzende des Reichsarbeiterausschusses der DNVP, Landtagsabgeordneter Küffer, und der Sozialreferent der DNVP, Syndikus Richter, Ansprachen.“

Nachmittags am anderen Tage fand zwischen Deutschnationalen und Gelben eine gemeinschaftliche Versammlung in den Messehallen statt. Ueber den Hinmarich berichtet man:

„Der große Platz um das Kaiser-Wilhelm-Denkmal reichte knapp aus, um all die Blauhemden mit ihren schwarzweißroten und schwarzen Kampffahnen zu fassen.“

In der Versammlung sprach mit als Erster der rheinisch-westfälische Großkapitalist Thissen. Dann folgte als Zeichen der Verbrüderung von Kapitalist und Arbeiter die Rede des Werksgemeinschaftsführers Schmidt. Dieser verlangte unter anderem, daß die nationalen Arbeiter ihre Arbeitsplätze vor allem den national-gelben Arbeitern zur Verfügung stellen sollten. Im Programm des Reichsbundes verdeckt man diese Gefinnungskorruption mit den schönen Worten: „Wir beanspruchen Freiheit und Persönlichkeitsstreben im Arbeitsnachweis-Wesen.“

Das ist also das wahre Gesicht der parteipolitischen „Neutralität“. Nur zum Einfangen unerfahrener Arbeiter benutzt man diese gedruckte Lüge. Diese krampfhaften Anklammerung an den faschistischen Geheimrat, kapitalistischen Zeitungs- und Filmkonzernbesitzer Hugenberg, an diesen „faulen“ Diktator und erträumten Reichsver-

weser vom dritten Staat zeigt deutlich den arbeiterschädlichen, schwarzweißroten, faschistischen Charakter der Werksgemeinschaftsleute.

Die weiteren Forderungen des Reichsbundes unterscheiden sich in nichts von den reaktionären Wünschen der kapitalistischen Scharfmacher. Er verlangt also Zerstückelung der neutralen Ortskrankenkassen und Ausbau der unter Unternehmerleitung stehenden Betriebskrankenkassen. Sodann erstreben sie „eine neuzeitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wobei wir die Entlohnung nach Leistung fordern. Die schematisierenden gewerkschaftlichen Tarifverträge schufen wohl eine aufgebährte, verknöchernte Gewerkschaftsbürokratie, führen jedoch in Verbindung mit dem Klassenkampf unsere Wirtschaft zum Zusammenbruch.“

„Die Wirtschaft muß heute jedweden Zwangsackballast von sich werfen, wenn sie nicht völlig zum Erliegen kommen soll. Darum muß eine systematische Auflockerung dieses überspannten kollektivistischen Systems gefordert werden. Die Verantwortung für die Arbeitszeit, die Verantwortung für die Lohnfrage, die Verantwortung für die Grundlagen der Produktion muß wieder in deren Ausgangspunkte, in die Werke und Betriebe, zurückverlegt werden. Nur Betriebsleitung und Belegschaft sind die einzigen Stellen, die über die Aufrechterhaltung der Produktion, die Erhaltung der Arbeitsstätten und deren Erfordernisse entscheiden können... Die gegenwärtige Ueberspannung des Tarifvertragswesens, seine heutige kollektivistische-marxistische Struktur bringt jeden Unternehmungsgeist und jede Arbeitsenergie zum Erlahmen.“

Also Abschaffung der Tarifverträge, Einführung von Werkereibereinigungen, Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, das ist das gelbe Ziel! Da könnten die Unternehmer lachen! Sie würden in jedem Betrieb wieder eine brutale Gewaltherrschaft errichten, weiter radikal die Löhne senken und die Arbeitsleistungen erhöhen, so daß die tägliche Fabrikarbeit jeder Menschenwürde Hohn spottete. Gut ist, daß die Masse der freigewerkschaftlich organisierten diese Ausbeutungsgelüste durchschaut.

Die Finanzgebahrung des Reichsbundes ist höchst undurchsichtig. Jugendliche zahlen 20 Pfg., Weibliche 70 Pfg., Erwachsene 90 Pfg. Wochenbeitrag. Dafür verpflichtet man bei Krankheit eine Unterfützung von 60 Pfg. pro Tag für 7 Werktage, im Todesfalle 60 Mark Sterbegeld, bei Invalidität monatlich 7 Mark! Nach einer Angabe im Handbuch der Arbeit soll der Reichsbund 1930 116 500 Mitglieder gehabt haben. Wieviel aber davon zahlende, wieviele davon arbeitslose, jugendliche oder sonst passive Mitglieder und Papierkassabüchler sind, das erfährt man nicht. Woher das Kapital der Pensionskasse stammt, ist auch ungeklärt. Die vielen Agitationsreisen, Delegierten- und Tagungskosten scheinen jedenfalls aus dem biden Mehrwertbeutel der Unternehmer bestritten worden zu sein.

Wer in den Reichsbund eintreten will, muß erklären, daß er keiner Organisation angehört, die mit Arbeiterorganisationen oder Parteien fremder Völker international verbündet ist. Viele Mitglieder sind darum Stahlhelmer, Berwölfe und Kriegervereinsleute.

Ganz besonders ärgert sich die gelbe Bewegung, daß sie nicht als regelrechte Gewerkschaft anerkannt wird. Der Abschluß von Tarifverträgen ist ihr bisher fehlgeschlagen. Ihre Anträge, gelbe Vertreter in Arbeitsgerichte und sozialpolitische Verwaltungszweige zu berufen, sind restlos abgelehnt worden. Der Reichsbund wandte sich darum im November 1931 sogar an Hindenburg, um die „Monopolstellung“ der drei Gewerkschaftsrichtungen zu brechen. Dieser übergab die Angelegenheit dem Reichsarbeitsminister, der erfreulicherweise mit guter Deutlichkeit erklärte:

„daß die national-wirtschaftliche Arbeiterorganisation nicht als unabhängige Vertretung der Arbeiterschaft anzusehen ist und daher als gewerkschaftlicher Spitzenverband nicht anerkannt werden kann.“

Aus Mut schimpfen nun die Gelben weiter über den „Eiertanz um den Göken Gewerkschaftstisch“ und die „sozialistisch-gewerkschaftliche Zwangsackwirtschaft“. In ihrer Erregung sehen sie nun gar nicht mehr die Wirklichkeit und behaupten frisch drauflos:

„Die Folgen der marxistisch-gewerkschaftlichen Wirtschaftsführung sind 5 Millionen Arbeitslose, ruinierte Sozialversicherungen und 60 Selbstmorde täglich!“

Der Marxismus, diese wirtschaftliche Befreiungslehre der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ist also an allem Elend schuld. Da fehlen nur noch die Juden und wir haben bei diesen Gelben den reinsten Nationalsozialismus.

Dieser Einbild in der Reichsbund und seine raffiniert verkappte Unternehmerpolitik, verbunden mit den schärfsten Gegnern der Demokratie, gibt uns deutliche Warnungen. Nur engster Zusammenhalt in der freien Gewerkschaft, nur restloses Vertrauen zur Gewerkschaftsführung kann die Arbeitenden vor rettungsloser kapitalistischer Werkverflechtung schützen. Schmittian.

Aus dem Wetterwinkel



Wenn uns in früheren Jahren Eltern und Großeltern von ihren Entbehrungen und Unterdrückungen im Arbeitsleben und in der Familiengemeinschaft aus den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts erzählten, dann haben wir zühörnden Kinder, die bereits Not und Bedrängnis kannten, aufatmend gedacht, daß nunmehr solche traffe Not, solche kümmerlichen und elenden Zustände im Arbeitsverhältnis, im Wohnen, Kleiden und Ernähren des Arbeitsvolkes nach und nach gänzlich vorbei sein würden. Auch borgen die erwählten Erzählungen stets diesen Glauben, ja, haben diesen Glauben in jeder Beziehung in uns Kindern genährt und gestärkt. Unsere Eltern betrachteten es schon als sehr großen Fortschritt im Leben, daß in den damaligen neuen Arbeiterwohnungen die Küche einen gesonderten Raum darstellte und die Wasserleitung sogar direkt darin angebracht war. Ferner, daß jede Familie für sich einen abzuschließenden Abort hatte. Man sieht aus diesen nur wenigen Beispielen und nach heutigem gemessen, wie erschütternd anspruchslos durch Herkommen, Erziehung, Gewohnheit und Einkommen unsere jüngsten Vorfahren gewesen sind. Im Geiste sehe ich noch heute die mit Kalk getünchte Wohnung der Eltern. Man durfte schon deshalb nichts an die Wand hängen oder sich gar dagegen lehnen, weil man sonst „die ganze Wand auf dem Buckel“ hatte. Der Fußboden wurde nach dem Scheuern stets mit weißem Sand bestreut, auf dem man dann jeden Tritt sah. Dieser Sand war einfach schrecklich, wenn zum Beispiel ein sogenanntes Butterbrot mit Schmalz aufs Gesicht fiel; Erjaß gabs dafür nicht. Man hörte nur die Ermunterung: „iß nur! Sand scheuert den Magen“ und — der Hunger trieb's hinein. Dann erinnere ich mich ferner der Kleidung. Mein Vater, ein Steinklopfer, sah in seinem Arbeitsanzug aus wie ein Kumpan des bairischen Hiesel. Heute würden — auch bei Tage — die meisten Leute mit dicken Portemonnaie einen großen Bogen um diesen wirklich harmlosen Steinklopfer machen; trotzdem damals, im Vergleich zu heute, so gut wie nichts vorkam. Messerstecherei, Revolverattentate, politische Faustkämpfe, Taschenuhren- und Handtaschenraub oder andere heute übliche Räubereien gab es damals sehr, sehr selten. Irigendwo ein Mord, Ueberfall oder Einbruch in der großen Welt, weitab von unserem Wohnort, war ein aufregendes Ereignis und hielt auf lange Zeit hinaus die Gemüter in Wallung. Heute, in der fortgeschrittenen und überspizigen Kultur auf dem Papier, sind wir solche Moritäten tatsächlich gewohnt geworden, womit ich natürlich nicht etwa sagen will, daß sie zum kulturellen Fortschritt der Menschheit gehören.

Doch um noch einmal auf die Kleidung zurückzukommen, da er-

innere ich mich auch des „Sonntagsstaates“, der aus irgend einem feierlichen Anlaß aus der Kiste herausgeholt wurde. Der schwarze Rock des Vaters und der Mantel der Mutter hatten bereits einen grünlichen Schimmer; an der Sonntagskleidung der Großeltern war er noch grüner. Das war sicherlich eine Art Watina, wie sie von Kunstschaffverständigen an Denkmälern aus Naturstein oder Metall gern gesehen wird. Auf der Kleidung sah das aus wie ganz zartes grünes Moos. Das merkwürdige war, nach meiner jetzigen Erfahrung zu urteilen, daß Motten sich nicht hineinwagten. Ueberhaupt in unserer ganzen Nachbarschaft hatten alle die dunklen Sonntagsröcke und Mäntel der älteren Männlein und Weiblein diesen zartgrünen Altertumschimmer. Wahrscheinlich war diese Kleidung noch der sogenannte Hochzeitsanzug, der sich sogar vererbte. Dann schwebt mir noch immer die Aufmachung vor, besonders bei den älteren weiblichen Personen, wenn sie sich zur Nachtruhe ausziehen und wieder anputzten. Das sah aus, als rüsteten sie sich zu einer Schlittenfahrt nach dem Nordpol. Heute läßt man darüber, ja, doch damals war das so gang und gäbe bei den arbeitslosen Proleten. Ich glaube, manchem Leser werden ähnliche Erinnerungen beim Lesen dieser Zeilen aufsteigen.

Mein Vater, ein sehr rüstiger Mann, arbeitete Sommer wie Winter vom Sonnenaufgang bis untergang; sein Wochenverdienst war so von 12 bis 15 Mark. Im Winter mußte er, je nach dem Andauern der Kälte, 4, 6 oder 8 Wochen aussetzen. Gab es in diesen Wochen keinen Vorstoß auf die kommende Arbeitsleistung, dann wurde beim Krämer gepumpt, und wenn diese Schulden gestilgt waren unter Seufzern und Tränen der Mutter, dann begann daselbe Trauerspiel von vorn. Bei Finanzprüfung öffentlicher Mittel (Armenunterstützung) verlor der Vater das Wahlrecht für ein Jahr. Deshalb wehrte er sich, solange es nur eben ging, gegen den Gang zum Armenpfleger. D, war das ein elendes Dasein! Gewiß waren die Lebensmittelpreise andere, niedrigere wie heute, dennoch mußte jeder Großen einigemal umgedreht werden, ehe er als Einkaufsmittel diente. Letzte sich der Vater mal eine Zigarre — drei Stück für'n Großen — dann war sicherlich die Mutter in Feststimmung, weil sie diese Ausgabe als Verwalterin des mageren Einkommens gestattete.

Doch warum grabe ich in diesen stumpfen, niederdrückenden Erinnerungen, über die noch so vielerlei zu schreiben wäre, herum? — Aus Anlaß meiner gegenwärtigen Not und jener der Leidensgenossen, die von der Hände Arbeit leben sollen, es wollen, aber nicht können, weil sie nicht — dürfen. Die gegenwärtige Zeit hat viele Vergleichsmomente mit jener Zeit, in der meine Eltern und Großeltern lebten, und wenn sie nach ihren Lebensbilderungen oft zu uns sagten: „Ihr Kinder werdet es einmal besser haben als wir“, dann haben wir uns in diesem Glauben ganz unbewußt damals schon eng aneinander gedrängt, und wenn dann der Vater prophetisch noch sagte: „Dem Arbeitsmann gehört die Zukunft“, war ich als Junge, ohne den wirklichen Sinn zu begreifen, doch stolz darauf, daß mein Großvater und mein Vater Arbeitsmänner waren. Ein solcher wollte ich darum auch werden. Die Jahre stiegen ins Land, die Eltern verließen sich auf dem Wege, der keine

Rückkehr kennt, und uns Kindern beseelten Taten, Glaube und Hoffnung. Ich wurde, was mein damaliger Wunsch war: Arbeitsmann und hantierte mit Hammer und Steinen! Das ist allerdings jetzt ein schlechtes Meier, handle augenblicklich mit Waulaffen.

Gewiß unser Leben wurde freundlicher, erträglicher, so wie es die Eltern voraus sagten, man konnte sich, auch rechtlich gesehen, mehr als Mensch fühlen und bewegen, obgleich das bekannte Päckchen keinem verschont blieb. Aber nun hat es gar den Anschein, als sollte es ganz zu Boden gehen mit der Lebenslast. In dieser gegenwärtigen, unburchsichtbaren und schwierigen Lage ist es nur zu verständlich, daß man rückwärts schaut, sich der früheren Zeit erinnert, Vergleiche zieht und die Frage aufwirft: Warum? Das wird wohl jeder tun, der unter den heutigen Zuständen seufzt, leidet und zermüht wird. Es scheint wie ein Verhängnis zu sein, daß jede deutsche Generation, die eine am Anfang, die andere am Ende ihrer kurzen Lebensbahn, den fürchterlichen Niedergang ihrer wirtschaftlichen Existenz erlebt, ohne den Wiederaufstieg zu sehen. Dadurch wird mancher dem Fatalismus in die Arme getrieben; das ist der Glaube an das unvermeidliche Schicksal. Ein solcher Glaube ist jedoch, daß muß immer und immer mit Nachdruck betont werden, im Kampf für den dauernden Aufstieg der Menschheit und im besonderen für die vor- und auswärtsdrängende Arbeiterbewegung ein sehr großes Hindernis, das nur durch dauernde Schulung und Aufklärung überwunden werden kann.

Wenn wir nun tiefer schürfen in den Ursachen der gegenwärtigen und der früheren Not, dann wird uns bewußt, daß es immer einzelne Menschen oder gewisse Bevölkerungsschichten mit ausgeprägtem oder vertuschten materiellem Sinn waren und immer sind, die dafür verantwortlich gemacht werden müssen. Kriege sind auch Menschenwerk und durchaus kein unvermeidliches Schicksal, wie das leider so oft behauptet und — geglaubt wird. Demnach sind Not und Elend als Kriegspoelen auch Menschenwerk, dem nun das Geschick, die Kraft und der feste Wille fehlt, wieder aufzubauen, damit andere ebenfalls menschlich leben können. Zerstören ist bekanntlich leichter, als das Gegenteil mit Erfolg tun. Die Eigenliebe einzelner und die Selbstsucht bestimmter Bevölkerungsschichten, hauptsächlich jener, die den Kapitalismus mit allem Drum und Dran repräsentieren, verhindern oder erschweren zum mindesten diesen Wiederaufbau zum erträglichen Leben aller Volksgenossen. Es mag wie ein Widerspruch klingen und dennoch ist es so. Man sehe sich nur im eigenen Lande um, vergesse nicht die Kapitalflucht der Sicherheitskandidaten und übersehe nicht das Prokentum der Kapitalkräftigen und ihrer Trabanten mit Knechtsinn nebst ihren Vorschlägen, um der Not zu steuern — natürlich nur auf dem Rücken der Notleidenden. Das alles ist den Steinklopfern zu bekannt durch den „Steinarbeiter“ und aus den sonstigen Arbeiterzeitungen, weshalb darauf nicht näher eingegangen werden braucht.

Anders wäre es schon, wenn die gesamte Arbeiterschaft durch die jetzige Not geläutert, sich einheitslich und eng so zusammen drängen würde, wie wir das instinktiv schon als Kinder getan haben, als uns Großeltern und Eltern von ihrem Darben, von

Mahnruf eines Kollegen

Alles das was keimt, gedeiht und Früchte trägt,
genügt, um allen Menschen Brot zu geben.
Wenn aber Millionen hungern leben
dann ist das Gold wohl echt, doch ist's ungleich geprägt.

Auf Wunder warten, auf des Himmels Gnade
nützt uns, da wir auf Erden leben, auch nicht viel.
Aufs Dritte Reich zu hoffen wäre Trauerspiel
mit blut'gen Akten, Hunger und Parade.

Denn Proletar, vergiß das nie:
Du hast trotz aller Not noch sehr viel zu verlieren,
und das, was dir jetzt logisch einfach scheint,
wird man dir im Dritten Reiche sezieren.

Wir wollen keine neuen Ketten.
Wir wollen den sozialen Staat.
Aus dieser Not kann uns nur retten
geeinter Wille — und der Mut zur Tat. W. Liebers.

Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiter- verband Ende November 1931

Die Zählung umfaßt 729 Zahlstellen mit 47 422 Mitgliedern.
23 Zahlstellen mit 960 Mitgliedern konnten nicht erfaßt werden.
Es wurden 36 954 arbeitslose Mitglieder ermittelt, das sind
77,9 Prozent der von der Zählung erfaßten Kollegen. Im Vor-
monat betrug die Arbeitslosigkeit 68,4 Prozent.

Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Gemeldete Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	v. H.	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	33 767	25 595	75,8	67,0
Steinseher . . .	13 655	11 359	83,2	71,6

Auf die einzelnen Landesarbeitsämter verteilt sich die Arbeits-
losigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamts- bezirk	Insgesamt		Steinarbeiter		Steinseher	
	Nov. v. H.	Okt. v. H.	Nov. v. H.	Okt. v. H.	Nov. v. H.	Okt. v. H.
Ostpreußen	89,9	68,9	84,2	63,6	92,5	71,0
Schlesien	85,9	67,4	84,7	66,5	91,1	70,5
Westfalen	84,8	77,5	75,9	72,1	92,7	82,5
Brandenburg	81,1	66,6	80,5	73,1	81,4	64,1
Pommern	80,4	64,8	51,1	54,2	87,6	67,8
Rheinland	80,1	75,1	81,0	75,1	76,9	74,9
Niederrhein	78,9	70,0	78,3	67,6	79,5	72,6
Nordmark	76,6	69,6	64,0	60,2	82,0	73,3
Sachsen	76,4	74,0	77,0	74,9	72,3	67,5
Mitteldeutschland	76,1	68,0	71,7	65,0	81,7	72,1
Bayern	74,3	64,8	73,6	63,7	83,1	78,3
Hessen	71,4	66,8	66,8	62,2	88,1	84,3
Südwestdeutschland	62,5	49,4	62,3	49,1	72,0	66,7
Reichsgebiet	77,9	68,4	75,8	67,0	83,2	71,6

1930	53,2	44,4
1929	31,2	20,3
1928	16,5	9,7

Die Arbeitslosigkeit hat also im vergangenen Monat eine erheb-
liche Zunahme erfahren. Mit 77,9 Prozent übersteigt sie sogar die
bisher höchste Ziffer, die im Februar 1929 (infolge der damaligen
großen Kälte) 76,7 Prozent betrug. In Ostpreußen mag auch in
diesem Jahre schon die Kälte zu der außergewöhnlichen Steigerung
der Arbeitslosigkeit beigetragen haben, während in allen anderen
Gebieten nur der Mangel an Aufträgen schuld an der großen
Arbeitslosigkeit ist. Man vergleiche auch die niedrigen Arbeits-
losenziffern von 1928, deren Novemberziffer infolge des damals
einfekenden starken Frostes sogar noch verhältnismäßig hoch war

wilder Arbeit, von Ausbeutung und Unterdrückung erzählten mit
dem hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft, die unbedingt vom
Arbeitsmann gefordert, gestaltet und wesentlich zugunsten des armen
Volkes beeinflusst würde. Ja, dann allerdings wäre heute sehr,
sehr vieles besser für uns. Anzeichen bedarf es noch schlimmerer
Erfahrungen, um das enge Zusammenstehen unter einer Obhut
und einer Führung wieder zu bringen, denn ohnedem
besteht die Gefahr, in jene Zeiten zurückzuerfallen, die unsere
jüngsten Vorfahren körperlich und geistig so sehr zermürbten. Diese
erbärmliche und rechtlose Zeit haben schon damals die Denkenden
unter unseren Vorfahren mit vollem Recht — verflucht und noch-
mals verflucht; dennoch haben sie uns dabei den Weg freigemacht
und ihn im dauernden einigen Wirken mit vielen Stützpunkten
versehen. Unsere Gegner nennen das „Marxismus!“ Jeder Trottel
hat sich dieses Wort angeeignet und gibt von Zeit zu Zeit dies
schreckliche Wort von sich wie der Esel sein immer gleichbleibendes
des J—A. Sorgen wir dafür, daß dieser unser Weg samt den
Stützpunkten nicht durch Uneinigkeit und Verzögerung ganz ver-
schüttet wird.

Die Schlussfolgerungen aus dem Vorstehenden wird hoffentlich
jeder Kollege aus der schwer daniederliegenden Steinklopferzeit
ebenso ziehen können wie der Steinklopfer-Johannes.

Der Zippelbruder

Ich wandre nicht, weil's mir gefällt,
Ich wandre, weil ich muß.
Ich habe keinen Pfennig Geld
Und keinen Menschen auf der Welt,
Und hungre, weil ich muß.

Und knöpft ihr eure Taschen zu
Und laßt mich nicht herein,
So leg' ich hungrig mich zur Ruh
Und bleib ein Mensch, so gut wie du,
Doch besser hat's ein Schwein.

Das hat noch einen Stall und Stroh
Und wird noch täglich satt.
Ich aber werde nicht mehr froh,
Ich lieg' im Kornfeld — irgendwo,
Die Füße wund und matt.

Na, wenn's mir einmal nicht mehr paßt,
Dann, schöne Welt, ade!
Dann knüpft' ich mich an einen Ast
Und, wenn du nichts dagegen hast,
Erfrier' ich auch im Schnee.

J. S. E. Büttner.

gegen andere Normaljahre. Ginge es nach der gegenwärtigen
Witterung, so brauchte in Steinindustrie und Steinstraßenbau fast
niemand untätig zu sein. Doch schlimmer als die Naturkräfte ent-
wickelten sich die wirtschaftlichen Kräfte. Auch die neueste Not-
verordnung wird daran wenig ändern. Helfen kann nur eine voll-
ständige Umstellung der privatkapitalistischen in eine gemein-
sinnige Wirtschaft, deren erste Handlung es sein müßte, die vor-
handene Arbeit, durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit, auf
alle arbeitsbereiten Menschen zu verteilen.

Die Steinseherunternehmer Mitteldeutschlands mit dem Lohnabbau an der Spitze

Die Steinseher und Berufsgenossen Mitteldeutschlands mußten
sich erst im Jahre 1931 einen Lohnabbau von zirka 14 Prozent ge-
fallen lassen durch Verbindlichkeitserklärung eines entsprechenden
Schiedspruches. Dieser Lohnraub genügt den Unternehmern noch
nicht, sie fordern jetzt erneut einen Lohnabbau bis zu 0,51 Mk.
(einundfünfzig) pro Stunde, also nicht etwa pro Woche oder Tag.
Die Begründung der Unternehmer stützt sich dabei auf die ver-
änderte wirtschaftspolitische Machtposition. Nach ihrer Ansicht leb-
ten wir heute nicht mehr im Jahre 1925, sondern 1931, wozu noch
die Aussichten auf das „Dritte Reich“ kämen! Merkt auf, Kollegen,
soweit ihr den Gewerkschaftsorganisationen noch fern steht oder ihr
etwa den „Nazis“ nachlaßt. Die Unternehmer sagen sehr deutlich,
auf was sie sich stützen. Allerdings rechnen die Straßenbauunter-
nehmer mit dem besonderen Entgegenkommen des Reichsarbeits-

Verbandsstreu

Auf eine ununterbrochene 25- und mehrjährige Mitgliedschaft
blickten im Monat November 1931 nachstehende Kollegen
in den mit genannten Zahlstellen zurück. In

- Bühl:** Stefan Unfried, Michael Jobst, Michael Gegenfurtner.
- Hamburg:** Adolf Dose.
- Hemsbad:** Joseph Furthner.
- Kamen:** Paul Gibowitsch.
- Kirchberg:** Max Lahr, Ernst Hahn, Ernst Emmrich, Ernst Hertel.
- Lautenthal:** August Berneder.
- Söbax:** Wilhelm Ander, Ernst Bibrach, Rudolf Buchazel, Franz Dmorsitz, Hermann Fiedler, Emil Hauptmann, Ernst Hölzel, Gustav Israel, Emil Jähne, Ernst Jura, Emil Kubach, Emil Kühnel, Wilhelm Kühne, Julius Mehrfort, Lebrecht Noak, Traugott Randig, Gustav Razmann, Peter Schneider, Richard Schindler, Hans Schwarz, Ernst Probst, Emil Voigt, Hermann Gruhl, Moritz Auerwald, August Adler, Max Baubach, August Freund, Gustav Guttsche, Max Heintzschel, Reinhold Henkel, Karl Herrmann, Eduard Hille, Ernst Herrmann, Max Kreschmar, Emil Kämmer, Michael Königseder, Emil Köppler, Peter Raabe, Hermann Rudolf, Gustav Rietich, Oswald Thomas, Ernst Simon, Ernst Schwerdner, Hermann Schmidt, Ludwig Stefani, Anton Woroschil, Emil Wendler, Hermann Wünsche, Ernst Zentler, Emil Golbs, August Mat, Ferdinand Reck, Gustav Schniebs, Ernst Ulrich.

Mannheim: Peter Fattler, Xaver Lerchl, Hans Schürpf.
Schopfloch: Wilhelm Hähnlein.
Den genannten Verbandsmitgliedern zu ihrem gewerk-
schaftlichen Ehrentage nachträglich die besten Wünsche. Möge
es ihnen vergönnt sein, noch recht viele Jahre im Kreise der
Kollegen zu wirken zum Nutzen der Allgemeinheit und als
Beispiel für den Nachwuchs.

Ministers Stegerwald. Letzterer hat ihnen im Jahre 1931 einen Schlichter gestellt, der einen uns unverständlichen Lohnschiedspruch fällte, der dann für verbindlich erklärt wurde. Die Unternehmer rechnen erneut mit einem Entgegenkommen des Reichsarbeits- ministers und erwarten, daß er ihnen auch diesmal die Lohnabbau- forderung durchbringen hilft. Ob ein Arbeiter dann noch arbeits- fähig bleibt, lehrt diese Unternehmer nicht. Es gibt ja jetzt ge- nügend arbeitslose Proleten. Genau so wie die Forderung auf dem Lohngebiete, bewegen sich auch die Forderungen der Mitteldeutschen Steinseherunternehmer auf dem Tarifgebiete. Auch hier klingen deren Forderungen auf eine Beseitigung aller jener Arbeitsbedingungen aus, die für die betreffenden Arbeiter bereits jahrzehntlang be- standen haben.

Streikbauarbeiter Mitteldeutschlands! Ver-
nehmt die Kriegserklärung eurer Unternehmer.
Seid allerwegs auf dem Posten. Zieht aus dem
neuerlichen Vorstoß der Unternehmer die Kon-
sequenzen. Rüstet und schließt die Reihen!

Naziwerbung in den Betrieben

Neben der RGO. bemühen sich seit Jahresfrist die Nationalsozia-
listen, Eingang in den Betrieben zu finden. Der Zweck ihres Ein-
dringens zur Ausschöpfung der Gewerkschaften findet, wie nicht
anders zu erwarten, die liebensvollste Unterstützung von Unternehmern
und deren Beauftragten. Mit welcher raffinierten Unverfroren-
heit dabei gearbeitet wird, zeigt folgender Vorgang:

Im Basaltwerk Spreitz wurde unter Ausnutzung der
gesetzlichen Betriebsvertretung und der Zahlstellenverwaltung
durch Anschlag eine Steinarbeiterversammlung für Sonnabend,
den 21. November, 16 Uhr, angesetzt mit der Tagesordnung:
1. Betriebsstilllegung. 2. Tarife in der Steinindustrie. 3. Verpflich-
denes.

Als Referenten waren 2 Naziwanderredner erschienen, außerdem
waren vorher alle Betriebseingänge mit Naziposten besetzt worden,
damit ja kein Unberufener an der Versammlung teilnehmen
konnte. Die Referenten bewegten sich lediglich in einem wüsten
Geschimpfe auf die Sozialdemokratische Partei und die Gewerk-
schaften. Beide Korporationen wurden verantwortlich gemacht für
die Mißwirtschaft, die nach Beendigung des Krieges einsetzte und
die heute zur Katastrophe ausgeartet sei und zur Verelendung der
Arbeiter führe. Verantwortlich wurden sie weiter gemacht für die
Entstehung großer Warenhäuser und für die Betriebsstilllegungen
durch die Tarifpolitik. Bessere Zeiten können die Arbeiter nur
erleben, wenn der Marxismus lahmgelagt oder noch besser
beseitigt wird. Letzteres kann nur eintreten, wenn sich die Arbeiter
den Betriebszellen der Nazis anschließen, da auch diese für an-
gemessenen Lohn und Achtstundentag eintreten. Die Beiträge sollten
sich in Höhe von 15, 40 und 60 Pfg. bewegen. Welche Leistungen
dafür übernommen werden, wurde allerdings nicht gesagt. Auf
Anfrage wurde nur erwidert, daß erst Pflichten zu erfüllen sind,
bevor von Leistungen gesprochen werden kann.

Es ist anzunehmen, daß diese Veranstaltung nicht vereinzelt
bleibt. Bei der Einstellung eines Teiles unserer Unternehmer und
deren Stellvertreter ist vielmehr damit zu rechnen, daß solche Ver-
anstaltungen Schule machen. Wir halten es deshalb für unsere
Pflicht, auf diese Vorgänge aufmerksam zu machen. Dringend zu
empfehlen ist bei solchen Veranstaltungen, die weder von der Be-
triebsvertretung oder der Ortsverwaltung noch mit deren Ein-

verständnis angelegt werden, die Einberufer nebst Refe-
renten unter sich zu lassen.

Eine Partei wie die Nationalsozialisten, die von den Unter-
nehmern finanziert wird und deren Hilfe Mitgliederwerbung
betreibt, kann niemals die Interessen der Arbeiter vertreten. Die
ihre angehörigen Kreise und ihre Geldgeber sind jene, die in erster
Linie für die Mißwirtschaft und die katastrophale Arbeitslosigkeit
verantwortlich sind. Die Fälle Nordwolle, Favag, Schultheiß-
kongern usw. reden eine zu deutliche Sprache. Diese Kreise sind es,
die durch das Wirken der Nationalsozialisten wieder saniert werden
müßten. Nach den Auslassungen der prominentesten Naziführer
muß die Wirtschaft von ungesunden Lasten und Steuern befreit
werden. Offen wird gefordert die Beseitigung des Tarif- und
Schlichtungswesens, des gesamten Fürsorgewesens, der Arbeitslosen-,
Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung, des Arbeitsrechts und
Mitbestimmungsrechts in den Betrieben.

Der Führer dieser Partei bezeichnete in einer Unterhaltung mit
einem seiner früheren Unterführer die Arbeiter mit folgenden
Worten als Heloten:

„Was Sie unter Sozialismus verstehen, das ist einfach
krasser Marxismus. Sehen Sie, die große Masse der Arbeiter
will nichts als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für
irgendwelche Ideale und wir werden nie damit rechnen können,
erhebliche Teile zu gewinnen. Wir wollen eine Auswahl der
Herrschschaft, die nicht wie Sie von irgendeiner Mitleidsmoral
getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund
ihrer besseren Rasse das Recht hat zu herrschen und die diese
Herrschaft über die breiten Massen rücksichtslos erhält und
sichert.“

Offen und brutal wurde damit Zweck und Ziel des National-
sozialismus herausgestellt. Nur eine kleine Oberschicht soll als so-
genannte Herrschschaft zu bestimmen haben. Der Arbeiterschaft
wird die unwürdige Rolle der Sklaven zubilligt. Eine Partei,
deren Führer solche entwürdigende Lebensform den Arbeitern zu-
mietet, die jede gemeinsame Regung auf Verbesserung der Lebens-
form (siehe Best-Programm, Hessen) ausschließt, muß sich unter der
bedenkenden Arbeiterschaft selbst gerichtet haben. Trotz dieser offen-
kundlichen Verachtung der Arbeiter wird, wie obiger Vorgang
zeigt, die Werbung in der Arbeiterschaft in der intensivsten Weise
und mit Unterstützung der Arbeitgeber betrieben. Wir warnen
deshalb die Kollegen, auf die Sirenenklänge dieser Partei einzu-
gehen. Ihre Versprechungen stehen mit den Taten im Wider-
spruch. Sie sind Heuchelei und schamloseste Irre-
führung. Kein Kollege darf sich bereitfinden, die National-
sozialisten in irgendeiner Art zu unterstützen. Den Feinden von
rechts und links ist die Treue und die dauernde Stärkung der be-
währten gewerkschaftlichen Organisation ein unüberwindlicher
Wall.

Internationales

Die Sitzung der internationalen Kommission der Steinarbeiter
tagte am 5. Dezember in Berlin. Alle Kommissionsmitglieder
waren anwesend. Aus dem Tätigkeitsbericht des Sekretärs Kollegen
K o l b, seit dem Internationalen Steinarbeiter-Kongress in Paris,
war zu entnehmen, daß sich manches geändert hat nicht nur in bezug
auf die Lage und Berufsverhältnisse in einigen Ländern, sondern
auch international gesehen. So ist auf Grund der miserablen Ver-
hältnisse in verschiedenen Ländern eine Verringerung in der Emi-
gration (Wanderung) zu verzeichnen. Das Sekretariat hat sich
immer wieder für die Emigration verwendet und wird dies auch
weiter tun. Leider mußte dabei festgestellt werden, daß oft jahre-
lang organisiert gewesene Mitglieder nach der Einreise in einem
fremden Land ihre Organisationspflichten vergessen und dabei über-
sehen, daß sie dadurch nicht nur sich und ihre Angehörigen, sondern
auch die Organisation im Auslande schädigen. Ferner informierte
der Bericht über die vielfältigen Arbeiten des Sekretariats für die
Frage der Staubkrankheiten. Wichtig ist, daß diese Sache
in den letzten Jahren Fortschritte verzeichnete, wurde doch schon in
einigen Ländern die Silicose geleglich als Berufskrankheit aner-
kannt, andererseits befriedigt das schleppende Behandeln dieser An-
gelegenheit nicht. Würden nicht in einigen Ländern so anormale
Berufs- und Wirtschaftsverhältnisse bestehen, wäre die Hoffnung
auf schnelleres Vorgehen gegeben. Aus dem Berichte war auch er-
sichtlich, mit welchem Eifer das Internationale Arbeitsamt mit-
hilft, die Staubkrankungen der Unfallversicherten, der inter-
nationalen Giftliste einzufügen.

In der Diskussion sprachen sich alle Kommissionsmitglieder dafür
aus, daß in der Frage der Staubkrankheit nichts zu unterlassen sei,
um sie immer akut zu halten, daß auch fernerhin mit dem inter-
nationalen Arbeitsamt, den dortigen Delegierten verschiedener Ab-
teilungen wie auch mit bestimmten Regierungsvertretern zu verhan-
deln sei über die Anerkennung der Silicose als Berufskrankheit.
Begrüßt wurde auch die gute Mitarbeit in dieser Sache mit den
Internationalen der Berg-, Keramik- und Fabrikarbeiter.

Der heutigen Emigration wurde ihre Bedeutung nicht abge-
sprochen und beschlossen, jedes Frühjahr ein entsprechendes Zirkular
an alle Landesverbände und ihre Zeitungen zu richten, worin auf
die Pflichten beim Arbeiten und Wandern im Ausland aufmerk-
sam gemacht werden soll. Es wird von allen Kollegen, die in einem
anderen Lande Beschäftigung annehmen, in ihrem eigenen Inter-
esse erwartet, daß sie sich mit dem internationalen Sekretariat in
Verbindung setzen.

Begrüßt wurde ebenfalls das geplante Studium der Lohn-, Ar-
beits- und anderer wirtschaftlicher Verhältnisse der Steinarbeiter
in England an Ort und Stelle, das im kommenden Frühjahr vor-
gesehen ist. Dabei können sich auch die interessierten Landes-Orga-
nisationen beteiligen, wenn sie für ihre Delegationskosten selbst
aufkommen.

Der Bericht des Sekretärs wurde einstimmig genehmigt. Die
nächste Kommissionsitzung soll im November 1932 in Wien statt-
finden. Rob. Kolb.

Abelshen. Die Versammlung am 6. Dezember in der Buhreschen
Gastwirtschaft zu Bödingen wurde für den erkrankten Vorsitzenden
Schrüder vom Kassierer Kollegen W i t w e r eröffnet. Tagesord-
nung war: 1. Bericht des Gauleiters Kollegen S c h m i t t über den
Rahmen- und Lohnarif. 2. Berichtedenes.

Aus dem Referat des Kollegen Schmitt ging hervor, daß bislang
noch kein Rahmenarif zustande gekommen ist. Es sind wohl acht
Schiedsprüche gefällig, die vorläufig: Regen- und Ausfallstunden
sind nachzuholen bis zu 9 Stunden. Urlaub bei 1400 Stunden
1 Tag, 1600 Stunden 2 Tage und 2000 Stunden 3 Tage. Dieser
Schiedspruch wurde vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Unser
Antrag beim Reichsarbeitsminister, den Schiedspruch für verbind-
lich zu erklären, wurde abgelehnt. Weitere Verhandlungen
über den Rahmenarif sind gescheitert. Einem freiwilligen
Schiedsgericht wollen die Arbeitgeber sich nicht unterstellen. Der
staatliche Schlichtungsausschuss ist deshalb angerufen worden. Der
Lohnarif wurde am 28. September gekündigt. Verhandlungen
dieserhalb haben noch nicht stattgefunden. Kollege Schmitt führte
noch an, daß von den Verbandsinstanzen alles mögliche getan ist,
um Arbeit zu beschaffen. Voranmeldungen zu dem Referat lagen
nicht vor. Kollege Witwer dankt dem Gauleiter im Namen der
Zahlstelle. In Punkt „Verschiedenes“ wird vom Kassierer eine Ent-
scheidung zur Abbrühtungskonferenz in Genf vorgelesen, die ein-
stimmige Annahme fand. Es wurden dann noch mehrere Rund-
schreiben verlesen. Nach einem vorzüglichen Schlußwort des Gau-
leiters mit der Schlussfolgerung, immer für den Verband zu agi-
tieren und treu zum Verband zu stehen, wurde die Versammlung
geschlossen.

Rundschau

Im „Dritten Reich“ regiert die Dummheit. Im „Deutschen Volkswirt“ war ein Artikel des offiziellen Organs der Hitler-Bewegung, des „Völkischen Beobachters“, über die Finanzfrage kritisiert worden. Der Verfasser dieses Artikels hat sich mit einer Zuschrift an den „Volkswirt“ gewandt, in der folgende Sätze vorkommen: „Oftem gestanden lese ich selten nationalökonomische Bücher, noch seltener verstehe ich sie, aber in diesem Fall trifft Ihr Vorwurf nicht mich.“ Also jemand, der selten nationalökonomische Bücher liest und sie noch seltener versteht, erlaubt sich über so schwere Fragen wie Kapital und Zinsen öffentlich ein Urteil abzugeben. Demnach kann man sich denken, mit wie wenig Verstand im Dritten Reich regiert wird. Die Anschauungen des alt-schwedischen Kanzlers Drengsterna über Regieren mit wenig Verstand von vor 300 Jahren werden demnach im Dritten Reich wieder zur vollen Wahrheit werden. Wenn eine Bewegung von unreifen Leuten geführt wird, dann muß man sich wirklich wundern, daß sie eine solche Zahl von Anhängern zu werben vermag. Keine Sache ist so dumm, sie findet immer ihr Publikum!

Ueber 5 Millionen Arbeitslose. Im Monat November hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland um 334 000 Personen zugenommen. In der zweiten Hälfte um 214 000. Am 30. November waren bei den Arbeitsämtern 5 057 000 Arbeitslose verfügbar. Die Arbeitslosigkeit ist um etwa 1,3 Millionen höher als zu den Vergleichszeitpunkten des Vorjahres. In den Ergebnissen des Monats November kommt der jahreszeitliche Charakter der Bewegung am Arbeitsmarkt sehr deutlich zum Ausdruck. Zur Entlassung kamen hauptsächlich Arbeitskräfte in den Saisonaußenberufen. Aber auch aus den Konjunkturberufen setzte sich der Zustrom von Arbeitslosen in unermindelter Stärke fort. Das Baugewerbe und die Landwirtschaft haben rücksichtslos Arbeitskräfte zur Entlassung gebracht. Aber auch Sägewerke, Bautischlereien, Zementfabriken, Ziegeleien, Steinbruchbetriebe usw. setzten die Entlassungen fort. Im Bergbau ist der Belegschaftsabbau zum Stillstand gekommen. In der metallverarbeitenden Industrie hielt die rückläufige Bewegung im allgemeinen an. Der Rundsturz hat die deutsche Textilindustrie hart getroffen. Arbeiterentlassungen waren die Folge. Das Nahrungsmittelgewerbe und die Tabakverarbeitung wurden durch das Weihnachtsgeschäft nicht wie sonst in Anspruch genommen.

Die Altersversicherung in der Schweiz abgelehnt. Das in Aussicht genommene Gesetz der obligatorischen Alters- und Hinterbliebenenversicherung ist von der schweizer Bevölkerung mit 510 695 gegen 338 833 Stimmen abgelehnt worden. Alle Einwohner sollten ohne Unterschied von dem Gesetz erfasst werden. Trotzdem sich die Regierungsparteien für die Vorlage einsetzten, hat der konservative schweizer Kleinbürger und Kleinbauer das Gesetz abgelehnt. Das ist sehr bedauerlich.

Mobilisierung der Kapitalfluchtgeher. Die deutsche Regierung erwägt, auf welche Weise die Kursgelder flüssig gemacht werden sollen, falls das Stillhalteabkommen abläuft. Von den 12 Milliarden kurzfristigen Schulden dürften 3 bis 4 Milliarden Konjunkturschulden sein, die diese selbst abzutragen haben. Eine weitere Milliarde dürfte inzwischen zurückgezahlt sein. Für den verbleibenden Rest in Höhe von etwa 7 Milliarden schlägt die „Völkische Zeitung“ der deutschen Regierung vor, den ausländischen Gläubigern folgendes Angebot zu unterbreiten: „Die Deutsche Regierung verpflichtet sich, im Wege der Anmeldepflicht den deutschen Besitz an ausländischen Wertpapieren festzustellen und den Gläubigernvertretern eine entsprechende Liste zur Verfügung zu stellen. Wir sollten uns ferner bereit erklären, mit Hilfe dieser Effekten, sei es im Wege des Verkaufes, sei es durch Lombardierung, einen möglichst großen Teil der Kurzfremde abzutragen. Mit den deutschen Besitzern wäre ein entsprechender Gegenvertrag abzuschließen, so daß sie im Falle des Verkaufes den Gegenwert in Reichsmark, in Bons oder in bar

verglitet bekommen, oder im Falle der Lombardierung eine vorläufige Quittung für die abgelieferten Effekten, wobei ihnen jederzeit das Recht des Verkaufes gegen Reichsmark zugestanden werden soll.“

Dieser Vorschlag dürfte erwägenswert sein. Warum soll der Verschleier von Kapital nicht dazu beitragen, daß die kurzfristigen Lagen gemildert werden? Eine bessere Lösung ist u. E. gar nicht denkbar. Auch das Ausland dürfte nicht zögern an der Verwirklichung dieses Projektes mitzuarbeiten. Boreerst ist es aber notwendig, daß die deutsche Regierung selbst diesen Plan aufgreift und ihn zur Durchführung bringt.

Trotz alledem — ein Aufstieg! In dieser Zeit, in der besonders die kulturellen Organisationen und Unternehmungen schwer zu leiden haben, ist es der Bücher gilde G u t e n b e r g gelungen, ihren Mitgliederstand zu verbessern. Die Büchergilde Gutenberg, die sich der Förderung aller freien Gewerkschaften erfreut und die bestrebt ist, diese Förderung auch weiterhin zu verdienen, konnte nicht nur die Läden ausfüllen, die in den vergangenen Monaten gerissen wurden, sie konnte ihre Mitgliederzahl auf nahezu 79 000 steigern. Dieser Erfolg ist natürlich nicht nur ein Ergebnis eifrigster Propaganda, er ist vielmehr in der Güte des literarischen Programms der Büchergilde, in der vorzüglichen Ausstattung der Gildenbücher und in den günstigen Bezugsbedingungen, die es auch dem wirtschaftlich Schwachen ermöglichen, inhaltlich wertvolle und schön ausgestattete Bücher zu erwerben. Die Büchergilde Gutenberg hat vor etwa vierzehn Tagen angekündigt, daß sie ihren Mitgliedern zu Weihnachten 1931 den Roman „Urjula“ von Ernst Prezang, das neueste Werk dieses allgemein beliebten Arbeiterdichters, zum Vorzugspreis von 1,75 Mark (gültig bis 1. Januar 1932) anbietet. Bereits jetzt sind mehr als 30 000 Bestellungen auf dieses Buch eingegangen, und mindestens die gleiche Anzahl ist noch bis zum Jahresende zu erwarten. Schon dieses reine Beispiel beweist, wie groß das Vertrauen der Gildenmitglieder zu ihrer Organisation ist und wie leistungsfähig sich die Büchergilde Gutenberg erhalten hat. Sie wird auch den Schwierigkeiten der kommenden Zeit begegnen und ihren Aufstieg fortsetzen, ein wichtiges Glied in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung.

Der nationalsozialistische Schmierenladen

Auf die vom „Deutschen“ an Hitler gerichteten Fragen, ob es wahr sei, daß er der Großindustrie die Zerstückelung der Gewerkschaften und der sozialen Einrichtungen versprochen und dafür Geld bekommen hat, haben die sogenannten „Gewerkschaftsvertreter“ der Nazis im Auftrage Hitlers mit einer Schimpfkanonade geantwortet. Schamhaft verschweigt die Erklärung, um was es sich dabei handelt, die Arbeiteranhänger dürfen es nicht wissen. Dafür aber schimpft diese Sorte „Gewerkschaftsvertreter“ auf die Gewerkschaften, die nichts gegen die Youngklaverei unternehmen hätten. Als wenn es Aufgabe der Gewerkschaften wäre, in diesem unnützigen Manöver ihre Kampfkraft zu erschöpfen. Mit solchen „Erklärungen“ wird die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Führer der Nazi-Partei den Unternehmern gerne die offene Hand hinstrecken. Ein thüringischer Naziabgeordneter hat kürzlich öffentlich erklärt: „Arbeiter, kauft euch lieber einen Strick und hängt euch auf, anstatt der NSDAP beizutreten.“ Der Mann ist darauf aus, aus der Partei geflogen, aber er hat wenigstens die Wahrheit gesagt.

Der „Deutsche“ rüdt den Nazis weiter auf den Leib. In einer neueren Erinnerung an die Industrielager für Hitler schreibt er: „Viele Arbeiter haben sich dieser Partei angeschlossen, weil sie von ihr nicht nur eine stramme Außenpolitik, sondern auch eine soziale Innenpolitik und eine ebenso geartete Wirtschaft wünschen. Nach allem, was wir hören, ist auch hier größte Aufmerksamkeit am Plage. Es sind genügend Fäden zwischen der Schwerindustrie und dem Nationalsozialismus sichtbar geworden. Die Frage, ob es sich hier um Bindfäden der Industrie handelt, oder auch um Sympathiefäden von der Partei zur Industrie, bleibe vorerst noch unbeantwortet. Wenn es aber nationalsozialistische Zeitungen gibt, die nicht nur ständig gegen die Gewerkschaften hehen, sondern es sogar fertigbringen, über einen „unzulänglichen Lohnabbau“ zu schreiben, so liegt der Verdacht nahe, daß sich auch hier das Geld der sonst so „notleidenden Industriellen“ auswirkt.“

Das ist sehr deutlich gesprochen, und wenn jemand eine saubere Weite anhat, wird er sich beileben und solche schwerwiegenden Anklagen zurückweisen. Hitler aber schweigt. Anstatt dessen antwortet jetzt Straßer mit der nichtsagenden Erklärung, daß sich die Stellung der Nazis zu den Forderungen der Arbeiter und den Gewerkschaften aus dem Programm ergebe. Da ist man jetzt noch ebenso schlau wie vorher. In den programmatischen Erklärungen der Nazis sind die Gewerkschaften mit keinem Wort erwähnt. Das ursprüngliche Programm dieser sogenannten „Arbeiterpartei“ erschröpft sich in Forderungen über Ausrottung des jüdischen Geistes. Das Wort Arbeiter kommt darin nicht vor.

Die Nazis entriicken sich täglich über Korruption, Schiebung und Bestechungen. Eine Partei, die anscheinend sozial Wert auf Sauberkeit im öffentlichen Leben legt, muß doch erst recht in den eigenen Reihen auf Sauberkeit halten. Da aber drückt sie beide Augen zu. Der „Dortmunder Generalanzeiger“ berichtet, daß Hitler in den letzten Monaten mehrfach in Eisen war und dort mit den Industriellen über die Finanzierung seiner Bewegung verhandelt hat. Eisener Großindustrielle haben Hitler zweimal bedeutende Summen, die in die Hunderttausende gehen, überwiesen. Dafür hat Hitler natürlich den Großindustriellen Versprechungen gemacht, die kein Arbeiteranhänger nicht wissen darf. Weiter hat die „Eisener Nationalzeitung“, die seit Monaten eine wüste Heze gegen die Gewerkschaften betreibt und den Lohnabbau im Ruhrgebiet nicht hoch genug fand, von Eisener Industriellen 90 000 Mark bekommen. Und dieses Schmierenblatt nennt sich „Nationalsozialistische Arbeiterzeitung“. Ist das keine Korruption?

Ferner reißt der neue Leiter der Wirtschaftsabteilung der Nazi-Partei, Dr. Wagner, seit Wochen im Lande umher und hält vor industriellen Kreisen Vorträge. Er macht diesen Herren klar, daß die Nationalsozialisten nach der politischen Machtgreifung den Unternehmern gar kein Haar krümmen werden. Aus allem, was bekanntgeworden ist, wird den Unternehmern nicht nur die Zerstückelung der Gewerkschaften zugesagt, sondern auch der Abbau der Arbeitslosenversicherung, der Alters-, Unfall-, Invaliden- und Angefalltenversicherung. Daneben läuft natürlich ein ungeheurer Lohn- und Gehaltsabbau. Ueber solche Zusicherungen sind natürlich die Unternehmer hoch erfreut und züden die Briefstafel. Was sie jetzt geben, kommt nachher wieder heraus. Die freiwilligen Bütteldienste, die die Führer der Nazis den Unternehmern leisten, lassen sich diese gerne gefallen. Unter diesen Umständen können die Unternehmer bald darauf verzichten, gelbe Verbände zu gründen. Die Nationalsozialisten haben sich freiwillig gegen entsprechende Schmierengelber angeboten, die den gelben Verbänden zugeordnete Aufgabe zu übernehmen.

Nach allem, was man von den Führern der Nazis weiß, ist das Münchener „Braune Haus“ ein einziger großer korrupter Schmierenladen. Man weiß dort so gut mit allen schmierenhaften Geschäften Bescheid, daß man anderen Organisationen auf die geringste Kleinigkeit hin das gleiche nachsagt. Man ist dort der Meinung, daß es in anderen Organisationen genau so aussehen muß, wie in der Nazi-Partei. Der Verbrecher sieht in jedem anderen Menschen einen Verbrecher, der Dieb erblickt in anderen Menschen Zunftgenossen und die käufliche Gesinnung hält auch jede andere Gesinnung für käuflich. Nach einem Wort eines ehemaligen nationalsozialistischen Stadtrats betrachten die Führer der Nazi-Partei die Bewegung als Geschäft, an dem man sich bereichern muß. Das scheint auf diese Gesinnungslumpen zuzutreffen. Aber eins sei mit größter Deutlichkeit gesagt:

Wenn diese korrupte Gesellschaft glaubt, die Gewerkschaften zu zerstückeln und die Arbeiterbewegung vernichten zu können, weil sie dafür vom Unternehmertum bezahlt werden, dann sollen sie eine Antwort erhalten, die ihnen das Maul für immer stopft. Die Gewerkschaften sind kein Spielzeug für gekaufte Subjekte, sondern eine Einrichtung zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Berlin wurde der Schleifer Otto N u s t k e wegen Unterschlagung von Verbandsbeiträgen und der Steinleger Otto S c h e m e n s k i wegen anderer Schädigungen der Verbandsinteressen aus dem Verbandsausgessen.

Adressenänderungen

2. Gau: Breslau II. Vorf.: P. Nicolaus, Posener Str. 26, V. — Guben. Kassierer krank, alles an den Vorsitzenden Hans Lody, Sächsische Str. 46c, senden. — Neumarkt. Kass.: Friedrich Lampert, Liegnitzer Str. 45.
5. Gau: Gritzen. Vorf.: Paul Remus, Düffelermühle.
10. Gau: Eichenhagen. Postbezeichnung: Kassel-Land.
11. Gau: Steinbergen. Kass.: Fr. Grabbe, Kleinenbremen Nr. 87, Post: Barken-Schermbeck, Bückeburg-Land.

Briefkasten

E. M. in Halle. Nach § 1271 der RVD. besteht für ein Heilverfahren keine Voraussetzung über eine Zahl von geleisteten Beiträgen. Ein solches Verfahren soll in jedem Falle zum Ziele haben, drohende Invalidität zu verhindern. Bei Stellung des Antrages ist eine ärztliche Bescheinigung über den Gesundheitszustand, die Quittungskarte und die Aufrechnungsbescheinigung einzufenden. Die Gewährung eines Heilverfahrens durch die Versicherungsanstalt ist freiwillig, ein gesetzlicher Anspruch besteht darauf nicht (§ 1269 RVD.).

Frk. D. Gr. Solche Glückwünsche finden im „Steinarbeiter“ keine Aufnahme; die sind im örtlichen Blatt viel praktischer angebracht.

Anfall R. S. Der § 608 lautet: „Tritt in den Verhältnissen, die für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine neue Feststellung getroffen werden“, und § 610: „Ein Bescheid, der die Rente herabsetzt oder entzieht, wird mit Ablauf des auf die Zustellung folgenden Monats wirksam“.

Bücher und Zeitschriften

„Unfallverhütung durch das Bild, 4. Nachtrag.“ Die vom Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften zur Förderung der Unfallverhütung jetzt wieder neu herausgegebenen Unfallverhütungsbilder verdienen ernste Beachtung und weiteste Verbreitung. Die gemeinnützige Unfallverhütungsbild-Gesellschaft beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften versendet an Interessenten diesen neu herausgegebenen 4. Nachtrag zur Sammlung der verkleinerten Wiedergabe der Unfallverhütungsbilder (Preis 15 Pfg.) sowie das ganze Zeichen (Hauptverzeichnis und vier Nachträge 1,40 Mark). Motive aus jedem Gewerbegebiet und Arbeitsgebiet sind unter den 445 Unfallverhütungsbildern in einbringlicher und wirkungsvoller Ausführung verarbeitet, so daß für jeden Betrieb und wohl alle Tätigkeiten passende Bilder vorhanden sind. Man wende sich an die zuständige Berufsgenossenschaft, die den Bezug der Plakate vermittelt, oder unmittelbar an die Unfallverhütungsbild-Gesellschaft, Berlin W 9.

G. Werner: „Hungerland“ und „Ein Kumpel“. Der Titel des ersten Buches ist jetzt in der Schriftsprache eingegangen. Das Wort gilt als Bezeichnung für das niederländische Bergbaurevier. Der Roman ist vor Jahren in fast sämtlichen Parteizeitungen und auch in einigen Gewerkschaftsblättern unter dem Strich erschienen und ist in der heutigen Zeit der Not wieder aktuell geworden. Das vor 2 Jahren erschienene Buch „Ein Kumpel“ scheint ebenfalls sehr bekannt zu werden. Es wird bereits in den höheren Schulen als die beste Mitteilungsübertragung des Bergbaues im Unterricht verwendet. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht empfiehlt es jetzt als Ganzlektüre für den ländlichen Fortbildungsbereich. Beide Bücher sind vom Verlag „Die Knappschicht“, Berlin-Steglitz, zu beziehen. „Hungerland“ kostet brochiert 1,20 Mark, gebunden 2,50 Mark; „Ein Kumpel“ gebunden 2,50 Mark.

Das Dezemberheft der Monatszeitschrift „Die Büchergilde“ überrascht wieder durch eine Fülle guter Erzählungen und Abbildungen. Bruno Schönant erzählt seine Erzählungen und Abbildungen. Das Wort gilt als Bezeichnung für das niederländische Bergbaurevier. Der Roman ist vor Jahren in fast sämtlichen Parteizeitungen und auch in einigen Gewerkschaftsblättern unter dem Strich erschienen und ist in der heutigen Zeit der Not wieder aktuell geworden. Das vor 2 Jahren erschienene Buch „Ein Kumpel“ scheint ebenfalls sehr bekannt zu werden. Es wird bereits in den höheren Schulen als die beste Mitteilungsübertragung des Bergbaues im Unterricht verwendet. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht empfiehlt es jetzt als Ganzlektüre für den ländlichen Fortbildungsbereich. Beide Bücher sind vom Verlag „Die Knappschicht“, Berlin-Steglitz, zu beziehen. „Hungerland“ kostet brochiert 1,20 Mark, gebunden 2,50 Mark; „Ein Kumpel“ gebunden 2,50 Mark.

Urjula, Geschichte eines kleinen Mädchens, von Ernst Prezang. Wieder führt uns der Dichter in die norddeutsche Tiefebene und in die Nähe des Meeres. Aber da ist kein modernes Seebad mit Luxushotel und Fremdenbetrieb, da ist vielmehr die einsame Heide und die stille Dünenlandschaft, da sind kleine Bauern, die dem dürftigen Boden eine jämale Ernte abringen, und Fischerleute, die sich auf der See herumplagen und in ihren niedrigen Hütten ein bescheidenes Dasein führen. Ein Sohn solcher Fischerleute ist der Vater der kleinen Urjula, und die Mutter ist eine Bauerntochter. Weil sie ihren Hinner nicht heiraten darf, wird sie von ihrem Vater verstoßen, und Urjula kommt bei Verwandten in Berlin zur Welt. Das Kind wächst auf, ohne seine Eltern gesehen zu haben, und seine Kindheit wird eingengt von den Kriegsjahren und der schweren Nachkriegszeit und von einer strengen Pflegemutter, die so stolz auf ihre Korrektheit ist, daß sie selbst die Zärtlichkeiten in ihrer Ehe auf bestimmte Tage und Stunden verteilt.

Ernst Prezang hat noch nie zuvor so menschlich ergreifend und dabei so warm und sonnig geschrieben wie in diesem Roman von Urjula. Am Schluß gelingt es ihm, eine Gemeinschaft freundschaftlicher und innerlich verbundener Menschen darzustellen, eine Gemeinschaft, deren Existenz in diesem Buche allein schon genügt, diese Erzählung hinauszuheben über so manches Ereignis neuzeitlichen Schrifttums. Urjula ist das rechte Gildenbuch. Es ist ein Roman, wie er von vielen Mitgliedern der Büchergilde schon lange ersehnt wurde. Die Bücher gilde G u t e n b e r g kommt diesem Wunsch dadurch entgegen, daß sie dieses Buch außerhalb der üblichen Quartalsbücher zum Vorzugspreis von 1,75 Mark, nur für Mitglieder, herausbringt. Dieser Vorzugspreis hat bis zum 1. Januar 1932 Geltung. Vom 2. Januar an wird der Roman Urjula in der Reihe der Normalbücher der Gilde geführt.

Anzeigen

Seit 10 Jahren Spezialanfertigung Steinbruchschuhe handgebunden, Garantie für jedes Paar, hochwertige Qualität, reelle Beliefer. 14.75 portofrei



Nichtgefall. gegen Betrag zurück. Herm. Welbers Berufsschuhwerk Bad Godesberg

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstah, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden inolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Osterwald. Am 10. November der Sandsteinmetz Heinrich Siebert, 54 Jahre alt, 2 Jahre krank, Staublung.
 - Mayen. Am 21. November der Brecher Johann Schulz, 43 Jahre alt, 2 Jahre Zuckerkrankheit.
 - Berlin. Am 30. November der Hilfsarbeiter Ernst Götsch, 42 Jahre alt, Herzschlag.
 - Lörrach. Am 2. Dezember der Sandsteinmetz Wilhelm Stolzenhaier, 51 Jahre alt, 3 Jahre krank, Staublung.
 - Strehlen. Am 6. Dezember der Pflastersteinmacher Karl Zimmermann, 64 Jahre alt, 13 Tage krank, Herzschwäche.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag Ernst Bändler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:

Sonnabend, 19. Dezember.

In Mannheim um 19 Uhr im Komet. (Lichtbildervortrag, Ehrung der Jubilare, Weihnachtshilfe, Gauleiter anwesend.) Alle Kollegen der Zahlstelle müssen erscheinen.

Sonntag, 20. Dezember.

In Berlin, Steinsägem um 10 Uhr bei Sorgas, Uferstraße 12. Mitgliedsbuch mitbringen.

Steinleger und Berufsgenossen, 3. Gau. Landeskonferenz in Zwidau. Lokal und Tagesordnung werden den Zahlstellen noch durch Rundschreiben von der Gauleitung mitgeteilt.

Der Reichsarbeitsvertrag für die Grabmal- und Marmorindustrie wurde am 10. Dezember 1931 auf Grund der Notverordnung von 1929 bis zum 30. April 1932 verlängert. Die Parteien verpflichten sich, in der Zeit vom 1. bis 15. April 1932 neue Verhandlungen über die Erneuerung des RAV. aufzunehmen.

Schwarzenbach a. Saale. Die Firma M o r g e n e i e r & S c h ö r n e r hier am Ort mutet den Steinarbeitern zu 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Dort Streik! Kein Kollege werde zum Streibtreiber.

Bremen. Der Steinlegbetrieb Karl Buchmüller ist gesperrt, der Betriebsinhaber hat u. a. die Wohlfahrtsbeiträge der Kollegen nicht abgeführt.

Dresden. Unser rühriges Verbandsmitglied, der Steinleger-Kollege Ernst Gans, konnte am 16. Dezember 1931 seinen 80. Geburtstag in voller Frische begehen. Der Kollege ist seit dem 1. April 1898 Verbandsmitglied. Dieses seltene Alter eines Straßenbauarbeiters und der Kollege selbst sind Veranlassung, daß wir an dieser Stelle darauf hinweisen mit dem Wunsch, ihn noch recht lange in der Gesamtmitgliedschaft führen zu können.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Wüstegiersdorf das Verbandsbuch Nr. 14467 für Alfons Opitz, Hilfsarbeiter. In Weisena dt Nr. 41 190 für Christian Peifer, Steinleger.

Wohlfahrtsunterstützung — Senftenberg. Die Auszahlung findet bis zum 20. Dezember statt. Später gestellte Ansprüche verfallen zugunsten der Kasse. Alle auswärtigen Kollegen, die in Senftenberg gearbeitet haben, müssen ihre Stundenzahl beim Kollegen Eybow, Grafenhainer Straße 26, einreichen. Die Geldüberweisung erfolgt dann durch die Post.

Achtung, Verbandsfunktionäre — Schwindler reifen von Ort zu Ort, um die Verbände durch unberechtigte Unterstühtungsansprüche zu neppen. Mit allerhand ausländischen Papieren und Mitgliedskarten, mit fremden Stempeln versehen, wird versucht, die Funktionäre zu bluffen. Keinen Pfennig an Unberechtigten, in keinem Fall Schwachheit zeigen. Bei unklarem Verlangen immer die Papiere annehmen und an den Verbandsvorstand einreichen. Einige Zahlstellenkassierer haben es bereits so gemacht und die Schwindler gehörig abblitzen lassen. **Macht es alle so!** Bei einem Schwindler in Pommern, den die Polizei festgenommen hat, wurden 100 französische und 100 spanische Gewerkschaftskarten gefunden. Ein handfester Knüttel in steter Bereitschaft gehalten wirkt in solchen Fällen immer viel besser als Worte!